RM Ottens stellt den Antrag der Fraktion "BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN" vor.

BM Böhling ist gegen den Antrag, da sich die Verwaltung ständig intern mit anderen Kommunen z.B. über die KGST (Kommunale Gemeinschaftsstelle für Verwaltungsmanagement) vergleicht und er somit keine Notwendigkeit für die Begutachtung der Verwaltungsprozesse sieht.

RM Just findet den Antrag zu kurz gegriffen, da keine Ergebniseinsparung benannt ist. Die Möglichkeit, Geld einzusparen muss gegeben sein. Dieser Antrag ist zu ergebnissoffen.

RM Ottens entgegnet, dass es im Ergebnis zu Einsparungspotentialen kommen kann, die auch genutzt werden sollten.

RM Homfeldt merkt an, dass das Output erhöht und die Effizienz gesteigert werden sollte. Ein solcher Antrag muss gewährleisten, welches Ziel erreicht werden soll.

RM Eggerichs merkt an, dass bei dem derzeitig geplanten geringen Überschuss kein Geld für diese Begutachtung vorhanden ist.

RM Just teilt mit, dass es bei der Suche nach Einsparmöglichkeiten durchaus dazu kommen kann, dass man sich von Aufgaben verabschiedet.

RM Ottens bemerkt, dass ein Externer eine andere Sichtweise auf die Verwaltungsprozesse hat. Es muss eine Prozessanalyse durchgeführt werden, es müssen Vorschläge erarbeitet werden und dann kann es zur Entscheidung kommen, ob man sich von Aufgaben trennt.

BM Böhling teilt mit, dass bei dem jetzigen Aufgabenbestand keine Einsparung möglich ist.

RM Otten schlägt vor wenigstens einen Sockelbetrag von 50.000 € in den Haushalt einzustellen.

RM Eggerichs entgegnet, dass der Haushalt noch nicht verabschiedet wird und somit keine Posten eingestellt werden. Es soll erst der neue Haushaltsentwurf abgewartet werden.

RM Ottens teilt mit, dass er mit dem Vorgehen einverstanden ist, wenn der Antrag im nächsten Ausschuss für Finanzen und Wirtschaft wieder auf die Tagesordnung kommt. Er zieht für die heutige Sitzung den Antrag zurück.

RM Homfeldt stellt den Antrag den Antrag der Fraktion "BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN" zurückzustellen und im nächsten Ausschuss für Finanzen und Wirtschaft wieder auf die Tagesordnung zu setzen. Dieser wird mit acht Ja-Stimmen und einer Nein-Stimme (WFF) angenommen.